

»Erste Hilfe« für Betroffene nach rassistischer und extrem rechter Gewalt

Was läuft schief und welche institutionellen Herausforderungen gibt es?

Sibel İ., Abdulla Özkan und Olivia Sarma im Gespräch mit B. Demirtaş

Während Abdulla Özkan 2004 beim Nagelbombenanschlag des NSU in der Kölner Keupstraße schwer verletzt wurde, wurde im Oktober 2021 auf Sibel İ.s¹ Solinger Wohnung ein Brandanschlag verübt. Nur mit Mühe löschten sie und ihre Kinder das Feuer. Beide Betroffene haben nach den Anschlägen eigene Erfahrungen mit Polizei und Opferberatung gemacht, von denen sie berichten. Olivia Sarma hat fünf Jahre die Opferberatungsstelle »response« in der Bildungsstätte Anne Frank in Hessen geleitet und ist jetzt aktiv im Vorstand des VBRC, dem Dachverband der Opferberatungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Mit Abdulla Özkan, Sibel İ. und Olivia Sarma treffen im Gespräch Perspektiven von Betroffenen und der Opferberatung aufeinander, zwischen denen eine Zeitspanne von über 17 Jahren liegt.

Moderation: Birgül Demirtaş; Redaktion: Derya Gür-Şeker

Rekapitulation des 20. Oktober 2021: Brandanschlag in Solingen

Birgül Demirtaş: *Sibel, wir haben uns an dem gleichen Tag kennengelernt, als auf deine Wohnung ein Brandanschlag verübt wurde. Kannst du erzählen, was am 20. Oktober 2021 passiert ist?*

Sibel İ.: Am 20. Oktober saß ich genau an der Balkontür, die offen stand. Kurz vor zwei Uhr nachts hörte ich in Richtung Balkon den Knall einer Flasche. Ich konnte

1 Die Informationen hier von Sibel İ. sind vom Stand März 2022. Der Prozess hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen.

den Balkon nicht mehr richtig sehen, weil das Licht des Feuers meine Augen blendete. Anschließend war ein Verpuffen und dann gab es plötzlich einen Feuerball. Es war wie in einem Traum. In dem Moment konnte ich nicht direkt einordnen, was gerade passiert ist. Ich warf mich auf den Boden, um dann sofort die Kinder aufzuwecken. Ich schrie nur noch: »Raus, Feuer!« Mit einem Molotowcocktail habe ich nicht gerechnet. Einen kurzen Moment dachte ich an einen Kurzschluss draußen. Nachdem ich die Kinder aufgeweckt hatte und alle im Treppenhaus waren, hat mein ältester Sohn angefangen, die verschiedenen Feuerstellen auf dem Balkon zu löschen. Mit Mühe und Not haben wir gemeinsam das Feuer, das immer wieder aufflammte, schließlich selbst löschen können. Erst danach haben wir die Polizei gerufen. Als die Polizei da war, wurde direkt gesagt: »Ja, das kann sein, letztens wurde hier in der Nähe auch ein Molotowcocktail in die Mülltonne geworfen.« Daraufhin erwiderte ich, wie man die Mülltonne mit meiner Wohnung vergleichen könne? Das sei doch nicht das Gleiche. Kriminalpolizei und Polizisten gingen in den Tagen danach bei uns ein und aus. Überall roch es nach Petroleum, die Polizei bestätigte dies auch, als sie in die Wohnung reinkam. Die Wuppertaler Polizisten haben den Anschlag hochgestuft als einen Mordversuch. Von den anderen Polizisten hieß es hingegen: »Nein, das ist bestimmt nicht gegen Sie gerichtet gewesen, das kann reiner Zufall gewesen sein.« Am nächsten Tag war die Polizei wieder da und hat den Angriff als Mordversuch eingestuft. Obwohl die Polizisten sagten, dass es in der Wohnung nach Petroleum roch, wurde die Feuerwehr nicht alarmiert. Das Petroleum soll bis zum Keller runtergelaufen sein, so die Polizei, die vor Ort war. Ich habe das Ausbleiben der Feuerwehr nicht ganz verstanden. Eigentlich müsste doch die Feuerwehr sofort anrücken, wenn Petroleum in den Keller läuft. Mir kam es so vor, als ob das Auslaufen des Petroleums bis in den Keller nicht relevant war. Die in der Wohnung anwesenden Polizisten gingen davon aus, dass zwei Molotowcocktails geworfen wurden, weil an zwei verschiedenen Stellen auf der Fassade des Gebäudes Petroleum und Ruß festgestellt wurden. Das Ziel war mein Balkon. Als wir später zur Aussage zu der Polizei eingeladen wurden, sagte man uns, dass es jemand mit »dicker Akte« gewesen sei. Später war aber in den Medien von einem 14-Jährigen die Rede, der es liebte, mit Feuer zu spielen. Dies bestätigte mir auch die Polizei. Sowohl ich als auch mein Anwalt haben die Akte nicht einsehen können. Aktuell sind noch viele Fragen zur Täterschaft offen. Ich weiß bis heute nicht, was der genaue Tathintergrund ist. Ich mache mir Sorgen und habe natürlich immer noch Angst, hier zu wohnen. Für mich ist dieser Anschlag ein Brandanschlag mit einem Mordversuch, weil die Brandsätze gezielt auf meinen Balkon geschmissen wurden. Nur bei mir brannte nachts um zwei Uhr das Licht und meine Balkontür stand offen. Alle anderen Nachbarn schliefen zu dieser Zeit. Dass ein 14-Jähriger ganz allein um zwei Uhr nachts Molotowcocktails auf meinen Balkon schmeißt und dies ein Zufall sein soll, kann ich mir nicht vorstellen. Denn auf dem Weg von seinem Wohnheim zu mir hätte er auch genug andere Gelegenheiten gehabt zu zündeln. Gegenüber meinem Balkon befinden sich

ein Kindergarten mit einem großen Parkplatz und ein Fahrradstandhaus. Wenn der Angeklagte doch so gerne zündelt, wie es die Polizei gesagt hat, und er nicht wollte, dass Menschen durch seine Tat zu Schaden kommen, hätte er auch diese Orte als Zielscheibe nehmen können. Auch die Täter-Opfer-Umkehr fing direkt am ersten Tag an, als die Polizisten mich fragten, ob ich Beziehungsstress hätte.

Meine Kinder und ich waren zutiefst geschockt und traumatisiert nach der Tat. Nach dem Anschlag hätte ich erwartet, dass die Stadt Solingen schneller und aktiver gehandelt und sich mit uns solidarisiert hätte. Schon wegen des Brandanschlags vor 30 Jahren auf das Haus der Familie Genç, bei dem fünf Menschen gestorben sind. Dort waren vier Solinger Jugendliche die Täter, die für die Tat auch verurteilt wurden. Als die Anteilnahme der Stadt Solingen ausblieb, fragte ich mich: »Muss es erst ein Todesopfer geben, damit sich die Stadt Solingen bei uns meldet?«

Die Generalkonsulin und Beamte der türkischen Regierung haben mich unmittelbar nach dem Anschlag via Telefon kontaktiert und vor Ort aufgesucht und mir Unterstützung angeboten. Die Generalkonsulin hat ein Gespräch zwischen mir und dem Oberbürgermeister initiiert. Er war zu diesem Zeitpunkt im Urlaub und wollte sich nach seinem Urlaub bei mir melden, was aber ausblieb. Ich habe keinen Blumenstrauß von ihm erwartet, sondern nur Solidarität. Was mich ärgert, ist, dass der Oberbürgermeister zu fast jeder Eröffnung, Feierlichkeit und zu Geburtstagen in der Öffentlichkeit Präsenz zeigt. Bei dem Brandanschlag geht es ja nicht nur um mich und um meine Familie, sondern in dem Haus wohnen überwiegend Menschen mit Schwerbehinderungen, die aus Angst nicht mehr schlafen konnten. Eine Bewohnerin hat, nachdem sie von dem Anschlag erfahren hat, unter panischer Angst gelitten und rief mich ständig an. Sie konnte ihren blinden Sohn nicht mehr allein lassen. Der Sohn zog dann zu der Mutter. Ich habe von dem Oberbürgermeister mehr Empathie und Betroffenheit erwartet. Die Stadt Solingen handelte erst nach dem Gespräch mit mir und dem Oberbürgermeister, was die Generalkonsulin initiierte. Erst zwei Tage nach dem Anschlag kamen dann zwei Angestellte der Verwaltung zu mir. Ein Angestellter sollte mir bei der Wohnungssuche helfen, weil ich und meine Familie nach dem Anschlag sehr viel Angst hatten und uns in der Wohnung nicht mehr sicher gefühlt haben. Ich wohne immer noch in der gleichen Wohnung.

Erfahrungen nach den Anschlägen – von Bürokratie bis hin zu überforderten Institutionen

Birgül Demirtaş: *Sibel, nach dem Brandanschlag hast du unterschiedliche Erfahrungen mit diversen Institutionen gemacht. Einige Erfahrungen von dir habe ich auch hautnah miterlebt. Kannst du erzählen, welche Erfahrungen du nach dem Brandanschlag mit Blick auf die Kriminalpolizei, die Opferberatung oder die Opferschutzstelle gemacht hast?*

Sibel İ.: Die Polizei hat mir einen Papierstapel gegeben, wo Adressen von verschiedenen Institutionen aufgeführt waren, die ich als Betroffene als Anlaufstelle in Anspruch nehmen könnte. Insbesondere in der Anfangszeit war ich als primär Betroffene total fertig mit den Nerven, es war alles noch so frisch und ich war kaum handlungsfähig, mir diesen Stapel der Polizei durchzulesen und selber Hilfe einzuholen. Ich als Betroffene musste mich um die Hilfen und Unterstützung für mich und meine Kinder selbst kümmern. Allein, wenn ich mir den Papierstapel angeschaut habe, habe ich bereits Panik bekommen. Es ist total unzumutbar für Betroffene, sie mit solchen Angelegenheiten alleine zu lassen. Dieser Papierstapel war mehr Bürokratie als Hilfe. Zusätzlich stand ich noch in Kontakt mit der Opferberatung. Die versuchen auch zu helfen, aber leider ist diese Hilfe meiner Meinung nach nicht ausreichend. Es laufen Anträge, beispielsweise für eine Wohnungssuche. Nur, es sind jetzt schon viele Monate vergangen und ich habe immer noch keine Hilfe erhalten. Der Weiße Ring ist katastrophal, sie waren auch nur einmal bei mir. In dem Gespräch ging es darum, dass die uns bei der Wohnungssuche und Therapeutensuche unterstützen. Sie haben sich anschließend nicht mehr bei mir gemeldet, das ist nun ein halbes Jahr her.

Es tut mir leid, dass ich das so negativ darstelle, aber als Opfer und Betroffene stehen diese Institutionen einem überhaupt nicht bei. Der einzige Vorteil der Opferberatung war, dass ich meine Traumatherapie-Ambulanz gefunden habe. Erwartet habe ich von diesen Institutionen insgesamt etwas anderes, nämlich, dass am ersten Tag die Polizei oder andere für uns als Betroffene beispielsweise eine Seelsorge organisieren und nicht wir überall rumtelefonieren müssen, um Hilfe und Unterstützung zu finden. Ich habe der Polizei gesagt: »Wenn irgendetwas ist, wen soll ich anrufen?« Ich habe kein Vertrauen mehr in diese Institutionen. Auch die fehlende Akteneinsicht erzeugt viele Fragezeichen bei mir. Warum hat mein Anwalt keine Akteneinsicht? Warum gibt es verschiedene Aussagen der Polizei? Ich habe der Polizei auch deutlich gemacht: »Der eine weiß über den anderen nicht Bescheid. Ihr schickt hier noch nicht mal Polizisten hin, die Erfahrungen mit Opfern und Betroffenen haben.« Ich muss auch sagen, dass ich kein Vertrauen mehr in die Polizei habe. Ich will mal ein Beispiel nennen: Ein paar Tage nach dem Brandanschlag rief mich nachts um ca. zwei Uhr panisch meine Nachbarin an und teilte mir mit, dass es unter meinem Badezimmerfenster eine Ansammlung von ca. sieben Leuten gäbe, die sie nicht einordnen konnte. Meine Tochter und ich hatten panische Angst und haben auf den Knien kriechend die Fenster in der Wohnung und die Balkontür geschlossen. Daraufhin habe ich die Polizei angerufen und geschildert, was gerade hier passiert. Ich habe mich überhaupt nicht ernst genommen gefühlt, weil die Polizei schon genervt klang, weil ich darum bat, dass jemand vorbeikommen soll. Das Einfühlvermögen der Polizei gegenüber uns Betroffenen, dass wir kurz vorher einen Brandanschlag erlebt haben, fehlt komplett. Es ist doch total offensichtlich, dass meine Kinder und ich Angst bekommen, wenn unbekannte Personen sich unter meinem Badezimmer

sammeln, zumal kurz vorher ein Brandanschlag auf meinen Balkon verübt wurde. Von der Polizei wurde meine Argumentation als übertrieben wahrgenommen. Auch wenn die Polizei öfter bei mir war, wenn ich angerufen habe, insgesamt war keine Institution wirklich richtig hilfreich. Denn insgesamt steht man als Betroffene mit seinen Problemen alleine da. Es war so, dass ich mich um alles kümmern, Institutionen nachtelefonieren und E-Mails schreiben musste. Das ist wirklich sehr überfordernd und unzumutbar für Betroffene in einer Zeit, in der ich und meine Familie am Boden zerstört waren.

Bei der Löschaktion habe ich Verbrennungen 2. Grades an der Hand erlitten. Die anwesenden Polizisten fragten mich, ob sie einen Krankenwagen rufen sollen. Der Rettungswagen kam dann auf meine Anforderung. Der Rettungswagen hatte aber keine Brandsalben zur Verfügung. Ich bin dann mit der verbrannten Hand selber ins Krankenhaus gefahren. Dort angekommen sollte ich in die Apotheke fahren und mir eine Brandsalbe besorgen. Mein Sohn und ich haben uns entsetzt angeschaut, weil das Krankenhaus meine Hand nicht behandeln wollte. Ist das nicht irrsinnig? Ich fahre ins Krankenhaus, zeige in der Notaufnahme meine Hand, erzähle von dem Anschlag und soll dann auch noch in die Apotheke fahren und mir eine Salbe kaufen, obwohl ich aufgrund Schmerzen an der Hand nicht fahrfähig war. Nachdem ich dann energisch eine Behandlung gefordert habe, hat eine Ärztin meine Hand versorgt. Ich habe von der Notaufnahme ein Schreiben ausgehändigt bekommen, dort stand u. a., dass ich keine Rauchvergiftung habe, obwohl ich diesbezüglich gar nicht untersucht wurde. Ich wurde lediglich an der Hand versorgt.

Die Polizei sagte uns, obwohl am nächsten Tag eine medizinische Maske mit aufgemalten Hakenkreuzen und SS-Runen unmittelbar in der Nähe meiner Wohnung gefunden wurde, dass die davon ausgehen, dass der Anschlag kein rassistisches Motiv hat. Die Maske könne auch ein Zufall sein. Es hieß, ich müsse das nicht auf mich beziehen. Wenn eine Maske mit aufgemalten Hakenkreuzen und SS-Runen unmittelbar in der Nähe meiner Tür liegt und zwei Tage vorher Molotowcocktails auf meinen Balkon geschmissen werden, was soll ich da denken? Soll ich denken, ich war nicht das Ziel, sondern all das war Zufall? Die Menschen, die in diesen wichtigen Institutionen arbeiten, gehen wirklich sehr unsensibel mit dem Thema um. Insgesamt wurden wir als Betroffene allein gelassen. Ich habe bereits drei Mal Kontakt mit dem türkischen Konsulat aufgenommen, weil ich hier keine Hilfe bekomme, obwohl ich hier geboren und aufgewachsen bin.

Die Vertretung des Oberbürgermeisters rief mich an und fragte mich, wie es mir geht. Ich habe ihr geschildert, dass ich und meine Kinder Angst haben, weil wir nicht wissen, was hinter der Tat steckt. Der Brandanschlag war zu dieser Zeit sehr frisch und wir alle waren und sind immer noch zutiefst traumatisiert. Daraufhin fragte sie, ob ich nicht zu Verwandten gehen könne? Ich war fassungslos über die Aussage. All die ganzen Beispiele, die ich aufgeführt habe, zeigen eigentlich das Versagen der

Institutionen und den unsolidarischen und empathielosen Umgang mit Opfern und Betroffenen.

Birgül Demirtaş: *Abdulla, du hast nach dem Nagelbombenanschlag 2004 auch Erfahrungen mit unterschiedlichen Institutionen gemacht. Kannst du uns deine Erfahrungen mit den Institutionen schildern?*

Abdulla Özkan: Das, was Sibel gerade beschrieben hat, sind ähnliche Erfahrungen, die ich auch gemacht habe. Sibel bestätigt im Grunde meine Erfahrungen, über die ich seit Jahren spreche. Nach dem Nagelbombenanschlag haben wir uns unseren Rechtsanwalt selbst gesucht. Dann hat sich der Weiße Ring gemeldet, hat alle Formalitäten aufgenommen und gesagt, sie werden sich wieder melden. Seit fast 20 Jahren warte ich immer noch darauf, dass sie sich melden. Die Beratungsstellen und Institutionen sind überfordert. Man ist auf sich selbst gestellt, man muss selbst suchen und sich selbst helfen. Daher kann ich Sibel sehr gut verstehen. Sowohl die Opferberatung als auch der Weiße Ring konnten mir nicht weiterhelfen. Deswegen habe ich mir eigenständig Beratung gesucht – von der psychologischen Hilfe bis hin zu Rechtsanwälten, um mein Recht einzufordern. Sibel durchläuft jetzt genau denselben Prozess. Ich kann Sibel sehr gut verstehen, die sich selbst darum kümmern muss. Der Staatsschutz und die Polizei sind natürlich damit überfordert, wie Sibel auch gerade beschrieben hat, dass sie dann nur Auszubildende schicken, die überfordert sind, die nicht mal Lebens- und Rassismuserfahrung haben und die mir dann als Anschlagopfer oder Betroffenenem einer Gräueltat helfen wollen. Es ist so beschämend, dass sich das im Prinzip wiederholt. Als Sibel erzählt hat, hatte ich meine ganzen Erlebnisse vor Augen. Das, was ich durchgemacht habe. Die Institutionen, die eigentlich Betroffenen helfen und sie unterstützen sollen, waren mir keine Hilfe. Auch mit den Unterstützungsangeboten der Opferberatung und des Weißen Rings bin ich sehr unzufrieden. Da nehme ich lieber alles selbst in die Hand und suche mir meine Psychologen selbst. Das habe ich auch alles getan. Ich bin einer der wenigen Betroffenen des Nagelbombenanschlags, der sich komplett abgeschotet hat, sich beraten lassen hat, sich Hilfe gesucht und auch den Staat verklagt hat. Sibel bestätigt alles, was ich durchgemacht habe. Das ist erst der Anfang für Sibel. Sibel hat leider noch einen langen frustrierenden Erfahrungsweg vor sich.

Sibel İ.: Ich überlege mir daher schon, ob ich mir einen eigenen Anwalt nehme, statt mich auf die Beratungsstellen zu verlassen. Wenn ich mir die Leute von der Opferschutzstelle anschau, wirken sie sehr zerbrechlich in ihrem Handeln und Sprechen und auch darin, unser Recht auch wirklich konsequent einfordern zu können. Die Menschen, die in solchen Institutionen tätig sind, so meine Erfahrung, waren selbst total verunsichert und überfordert, als sie meine Geschichte gehört haben. Ich musste auf meine Wortwahl und Emotionen während der Beratung achten und

meine Emotionen zurückstecken, weil ich das Gefühl hatte, die zerbrechen gleich. Muss ich als Anschlagsoffer auf meine Emotionen achten und sie zurückstecken, damit Beratende sich nicht überfordert fühlen?

Abdulla Özkan: Die Bestätigung, die Anerkennung als Betroffener existiert in Deutschland nicht. Wir wurden ab der ersten Minute als Täter abgestempelt und allein gelassen. Die Behörden, aber auch Ärzte, die ich aufgesucht habe, waren überfordert. Ich war eine kurze Zeit bei einem Psychologen in Köln, der meine körperlichen Symptome auf mein Körpergewicht zurückführte und mit mir nicht über den Bombenanschlag geredet hat. Er hat hauptsächlich über mein Übergewicht gesprochen. Aber wie mein Gewicht zustande kam, das hat ihn nicht interessiert. Anstatt den Fokus auf mich als Menschen zu legen, der etwas Schreckliches erlebt hat und alles in sich hineinfrisst, um zu vergessen, wurde ich mit »Du bist zu dick« konfrontiert, was seiner Meinung das eigentliche Problem gewesen sei. Nicht das, was mir passiert ist, war wichtig, darüber hat keiner geredet. Ich glaube heute, dass das eine Taktik ist, weil viele mit dem Thema nicht klarkommen, weil sie überfordert sind und versuchen, keine Fehler zu machen. Das ist das ganze Problem. Sie wissen nicht, wie mit Anschlagsoffern umgegangen werden muss. Was Therapieplätze mit Blick auf Betroffene rechter Gewalt angeht, haben wir in Deutschland erheblichen Nachholbedarf und Defizite. Wir haben kaum gut ausgebildete Menschen in Deutschland, die Betroffene von Anschlägen ausreichend gut therapieren können.

Baustellen und Funktionen der Opferberatung in kritischer Selbstreflexion

Birgül Demirtaş: *Olivia, wenn du diese beiden Betroffenenperspektiven, die ja eine Zeitspanne von 17 Jahren widerspiegeln, hörst, was sind deine Gedanken dazu?*

Olivia Sarma: Das macht mich natürlich sehr betroffen, wobei diese Schilderungen uns nicht unbekannt sind. Und es geht ja nicht nur um diese Zeitspanne zwischen 2004 oder den NSU-Morden und Anschlägen und dem, was Sibel 2021 erleben musste, sondern es fängt ja vorher an. Während der rassistischen Pogrome in den 1990er-Jahren haben die Sicherheitsbehörden rechten und rassistischen Terror nicht nur nicht ernst genommen, sondern aktiv bagatellisiert und gleichzeitig zivilgesellschaftliche Kämpfe dagegen kriminalisiert. In der jüngsten Vergangenheit haben wir den rassistischen Terroranschlag in Hanau erlebt, davor in Halle den antisemitischen und rassistischen Terroranschlag. Es gibt eine Kontinuität rechter und rassistischer Gewalt, die bis heute nicht die angemessene Beachtung erfährt – weder in der Politik, noch in Behörden oder Medien. Neben der Kontinuität an Anschlägen, an rassistischer Gewalt gibt es also auch eine Kontinuität

der Reaktion der Öffentlichkeit. Das haben Sibel und Abdulla beide erzählt. Sie wurden nicht ernst genommen, ihr Leid wird nicht anerkannt. Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe hinterlassen Traumata. Die Erschütterung, die viele erleben, verändert den Alltag massiv. Betroffene erzählen, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen, Sibel schildert, dass sie sich nicht mehr sicher fühlt in ihrem eigenen Zuhause. Öffentliche Plätze werden gemieden, das Vertrauen in die Polizei schwindet. Auch körperliche Folgen werden oft berichtet: Schlaflosigkeit, Schmerzen, Konzentrationsschwäche, Nervosität, Reizbarkeit. Hilfsstrukturen wie Krankenhäuser, psychologische Anlaufstellen oder Hausärzte sind nicht sensibel, glauben den Betroffenen nicht oder spielen die Beschwerden herunter. Das ist ein großes Problem. Es fehlt tatsächlich immer noch eine alle Institutionen übergreifende Sensibilisierung, Kompetenz und Wissen um die Folgen rechter Gewalt.

Abdulla, du hattest gesagt, dass man wie ein Täter behandelt wurde. Das ist ja etwas, was eigentlich alle Betroffenen, alle Angehörigen der Opfer des sogenannten NSU berichtet haben, und was auch die Angehörigen und Betroffenen des Hanauer Anschlags berichten. Es gibt auch eine Kontinuität in dem, was die Menschen eben erzählen, was nach so einem Anschlag passiert, dass nämlich die Institutionen nicht funktionieren, dass sich niemand zuständig fühlt, dass man allein gelassen ist. Also das, was du erzählt hast, Sibel, mit dieser Bürokratie, die man plötzlich auf dem Tisch hat. Das ist eine Realität für die Menschen, die so ein lebensbedrohliches und traumatisierendes Erlebnis hatten. Sie müssen nicht nur das Erlebte irgendwie verarbeiten, sondern auch mit lauter Behörden, Anträgen, Polizei umgehen. Diese Erfahrung verbindet die Betroffenen über die vielen Jahrzehnte. Bitter ist, dass Betroffene das Gefühl haben, dass sich in den letzten 20 Jahren gar nichts verändert hat. Denn zumindest wurden seit den NSU-Untersuchungsausschüssen Maßnahmen entwickelt und auch Strukturen geschaffen. Trotzdem sehen wir, dass im Falle einer Person wie Sibel, die jetzt einen Anschlag erlebt, diese Strukturen offenbar nicht wirksam werden. Es ergeben sich viele Fragen und es zeigt, dass noch viel Handlungsbedarf besteht.

Abdulla Özkan: Das wird sich leider auch in 500 Jahren nicht ändern. Das ist leider so. Es wird immer Rassismus geben, auch in den eigenen Reihen. Auch die Leute, die »Das tut mir leid für dich« sagen, haben immer Rassismus in sich. Das ist das Problem. Die Solidarität der Menschen gegenüber anderen Menschen muss von innen kommen. Das aber ist bei den meisten nicht so. Kaum ist das Thema erledigt, dominieren im Alltag andere Themen. Die Solidarität ist dann da, wenn die Presse da ist oder wenn man zusammen ist. Die Solidarität lässt nach, wenn man sich umgedreht und verabschiedet hat. Nach jeder Kundgebung, nach jeder Demonstration sind wir alle solidarisch miteinander, die ersten zwei Stunden. Und wenn die Demonstration vorbei ist, weil alle ihrer Wege gehen, dominiert der Alltag. Das Thema Rassismus wird nicht dramatisiert. Rassistische Sprache ist in den Medien Alltag.

Das sage ich bereits seit fast zwei Jahrzehnten. Wenn nichts dagegen getan wird, dann können wir hier viel reden, passieren wird aber nicht viel. Rassismus muss überall in Deutschland, auf der Welt, thematisiert und angegangen werden.

Birgül Demirtaş: Olivia, du hast gerade erwähnt, dass sich die Strukturen geändert hätten. Kannst du uns konkret sagen, was sich geändert hat?

Olivia Sarma: An den Opferberatungsstrukturen kann man konkret machen, was in den letzten Jahren bundesweit passiert ist. Es gab Bundesprogramme, die ausgebaut und zur Gründung und zum Aufbau von Opferberatungsstellen in allen Bundesländern führten. Auch response ist in diesem Zuge entstanden und in kurzer Zeit von zwei Personen auf ein Team an zwei Standorten gewachsen. Das heißt, dass es in Hessen, wo es bis 2015 im Prinzip keine professionelle Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt gab, mittlerweile ein landesweites Angebot gibt. Damit erreicht man immer noch nicht alle Betroffenen, aber es ist ein Anfang. Über den Dachverband VBRG findet seit ein paar Jahren eine Professionalisierung durch Vernetzung, Fortbildung und Austausch statt. Das Berufsfeld ist noch jung und muss ausgebaut und verstetigt werden. Es gibt mittlerweile auch Weiterbildungsangebote an Universitäten, die die Spezifika rechter Gewalt im Beratungskontext in den Blick nehmen. Die Opferberatungsstellen betreiben auch ein jährliches Monitoring, das heißt, sie erfassen und veröffentlichen jedes Jahr ihre Zahlen über rechte, rassistische und antisemitische Angriffe. Unsere Zahlen werden seit einiger Zeit auf der Bundespressekonferenz veröffentlicht und stehen damit als zivilgesellschaftliche Perspektive neben den Zahlen der Polizeibehörden. Das schafft Sichtbarkeit und macht Diskussionsräume auf. Denn es ist jedes Jahr so, dass die Zahlen der Opferberatungsstellen die polizeiliche Statistik weit übersteigen. Es hat sich auch etwas im Strafrecht bewegt. Zum Beispiel hat bei der Aufnahme der Tatumstände durch die Polizei die Perspektive der Betroffenen mehr Gewicht bekommen. Rassistische oder andere menschenfeindliche Tatmotivationen werden in der Strafzumessung strafverschärfend gewertet. Das sind Fortschritte, die sich allerdings in der Praxis nicht immer materialisieren. Da kommt es nämlich sehr auf die Kompetenz aller Akteure in Polizei und Justiz an. Mit Reem Alabadi-Radovan haben wir jetzt auch erstmals eine Rassismusbeauftragte in der Bundesregierung. Das sind wichtige Strukturen, die entstanden sind. Die andere Frage ist, was verändern diese Strukturen konkret und wie hilfreich sind sie? Ich glaube, Sibel und Abdullas geschilderte Erfahrungen machen deutlich, dass wir in einem großen Lernprozess sind. Es gibt eine große Lücke zwischen dem, welche Wirkung die bestehenden Strukturen erzielen wollen und welche sie tatsächlich erzielen. Und dann müssen wir auf die Opferberatungsstellen schauen: Wie arbeiten diese und was ist notwendig, damit sie wirklich die Hilfe leisten, die die Betroffenen nach Gewaltvorfällen benötigen? Da sind diese Erfahrungsberichte natürlich hilfreich.

Birgül Demirtaş: *Wie erfahren Beratungsstellen davon, wenn eine Gewalttat passiert?*

Olivia Sarma: Das ist eine wichtige Frage. Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Multiplikatorennetzwerke, Austausch mit Communitys – all das sind Tools, mit denen Betroffene erreicht werden sollen. Viele Beratungsstellen haben eine Komm-Struktur, suchen Betroffene aber auch aktiv auf. In Hessen funktioniert das System so: Es gibt eine Website, auf der man Vorfälle melden und um einen Beratungstermin bitten kann. Für den Erstkontakt gibt es auch eine Telefonnummer und eine E-Mail-Adresse. response hat auch alle Polizeistationen in Hessen mit Flyern und Informationen zur Beratungsarbeit informiert. Weil Polizeibeamte die Ersten sind, die an einem Tatort sind und Kontakt mit den Opfern haben, können diese darüber informieren, dass es unser Angebot gibt. Man muss allerdings anmerken, dass zu meiner Zeit bei response meines Wissens nach, keine Person über die Polizei zu uns kam. Der andere Weg ist, dass die Berater zum Beispiel über die Presse von einem Vorfall erfahren. response beschäftigt eine Person, die ein Pressemonitoring online und offline macht und die Kollegen über potenzielle Vorfälle informiert. In solchen Fällen wird im Team überlegt, wie sie an die Betroffenen herantreten, um sie über die Möglichkeit der Unterstützung durch die Opferberatungsstellen in Kenntnis zu setzen. Auch zwischen den Opferberatungsstellen und dem VBRG gibt es Austausch, manchmal werden Betroffene weiterverwiesen.

Handeln statt Fragen

Sibel İ.: Die Berater müssen relevante Aufgaben strukturierter, direkter abarbeiten und erledigen. Fragen wie »Was können wir für dich machen?« helfen mir als Betroffene nicht weiter. Und das belastet mich. Ich muss mich ständig wiederholen, das bringt mir nichts, außer, dass ich retraumatisiert werde. Ich muss bei Anwälten auf den Tisch klopfen, damit die sich mit dem Staatsanwalt juristisch auseinandersetzen. Ohne diese juristische Auseinandersetzung kommt man nicht weiter. Man muss streiten. Was soll ich da reden und immer die gleiche Geschichte erzählen? Auch bei der Polizei habe ich gesagt: »Sie haben doch schon mal nachgefragt. Ich kann doch nicht zehn Mal das Gleiche erzählen.« Ich denke, dass Täter es besser haben als Betroffene. Täter können sich nach einer Tat zurücklehnen und einfach den Prozess abwarten. Betroffene müssen sich jede Unterstützung hart erkämpfen. Ich habe mich mittlerweile gegen eine Beratungsstelle entschieden, weil ich versuche, für jede Angelegenheit einen Anwalt zu finden. Sonst kommt man nicht voran und kann nur Papierstapel abarbeiten oder bekommt nur Mitleid wie »Oh, du Arme«. Über sechs Monate sind seit dem Anschlag vergangen, aber bisher ist nichts passiert. Ich lebe immer noch mit den Rußflecken in derselben Wohnung. Das belastet mich und meine Kinder sehr, weil wir permanent an den Brandanschlag erinnert

werden. Nach dem Anschlag habe ich Schlafstörungen und Panikattacken bekommen, die immer noch anhalten. Meine Tochter ist nach dem Anschlag ausgezogen und stellt mir fortwährend die Frage, wie ich immer noch dort wohnen könne. Der Brandanschlag am 20. Oktober 2021 und die Folgen haben mir mein ganzes Familienleben zerstört.

Bereits am ersten Tag habe ich der Polizei meine Vermutung eines rassistischen Motivs mitgeteilt. Die Polizei schloss aber bereits anfangs schon ein rassistisches Motiv aus. »Wie können Sie Rassismus ausschließen? Das müssen Sie mir beweisen!«, war meine Antwort darauf. Trotz der medizinischen Maske, auf der Hakenkreuze und SS-Runen gezeichnet waren und die unmittelbar in der Nähe meines Hauses gefunden wurde, wurde dies als ein rassistisches Tatmotiv ausgeschlossen und als Zufall deklariert.

Einbezug von Betroffenen in Beratungsstrukturen

Abdulla Özkan: Sibel, was du gerade durchmachst, tut mir total leid. Das ist frustrierend, aber du musst weitermachen, um dein Recht einzufordern.

Sibel İ.: Ich habe das Gefühl, dass viele den Brandanschlag verharmlosen. »Ja, das ist ja nicht schlimm.« Als wäre »nur« ein Kieselstein bei mir in die Wohnung geflogen und kein Molotowcocktail. Ich frage mich wirklich: »Muss erst ein Mensch sterben, damit das anerkannt wird?«

Abdulla Özkan: Ich habe das Gefühl, die Polizei versucht, dich mit diesen Argumenten von sich fernzuhalten, weil sie überfordert und auf dem rechten Auge blind sind. Olivia hat eben schon was zu den Beratungsstrukturen gesagt. Aus dem Gespräch wird deutlich, Olivia macht ihre Arbeit aus Leidenschaft. Olivia, du hast erwähnt, dass sich einige Strukturen positiv verändert haben in Deutschland. Meine Frage ist, wer unterstützt diese Einrichtungen, werden sie staatlich gefördert? Ich frage nur aus dem Grund, weil wir bereits auch angesprochen haben, dass Berater oftmals überfordert sind, wenn sie uns Opfern und Betroffenen gegenüberstehen. Warum binden diese Stellen eigentlich nicht betroffene Menschen wie mich ein? Ich verstehe das nicht. Kannst du mir das erklären?

Olivia Sarma: Ja, sie werden gefördert durch das Bundesfamilienministerium, und dann jeweils unterschiedlich in den Ländern von einem Landesministerium. Du sprichst einen wichtigen Punkt an. Bei response war uns von Anfang an wichtig, dass wir Berater in unserer Beratungsstelle beschäftigen, die auch von Rassismus betroffen sind. Denn es gibt eine Schieflage zwischen Menschen, die aus sehr privilegierter Position sprechen, also *weiße* Personen, die eben keinen Rassismus oder

Antisemitismus erfahren und die häufig in den machtvollen Positionen sitzen und z. B. den Migranten, den anderen sozusagen, helfen. Das ist ein Problem – nicht nur in der Opferberatung, sondern in Hilfsstrukturen insgesamt. Für die Personalpolitik der Opferberatungsstellen ist es absolut wichtig, dass unsere Teams divers und diskriminierungssensibel aufgestellt sind, dass die Berater wissen, was es bedeutet, in dieser Gesellschaft marginalisiert zu sein. Es gibt Hilfesuchende, die dezidiert darum bitten, nicht von einer *weißen* Person beraten zu werden. Sie erleben die Beratung dann eher als einen sicheren Raum, in dem sie nicht so viel erklären müssen. Das muss möglich sein. Wir machen auch die Erfahrung, dass offener gesprochen wird, wenn Beratungsnehmende in ihrem Gegenüber eine gemeinsame Erfahrung sehen. Das muss aber nicht so sein. Die professionelle Beratung (übrigens nicht nur in der Opferberatung) erfordert von ihren Beratern – egal wie positioniert – immer eine Reflexion über die Beziehung zum Beratungsnehmenden und über die eigenen Brillen und Perspektiven auf den Prozess. Die parteiliche Beratung verpflichtet sich dazu, ausschließlich nach den Bedürfnissen der Beratungsnehmenden zu agieren und immer zu überprüfen, ob man eigentlich das tut, was die Betroffenen gerade als hilfreich empfinden. Ich verstehe den Frust darüber, dass Erwartungen nicht erfüllt werden, oder dass das Gefühl aufkommt, Prozesse laufen zu langsam. Aber es ist tatsächlich so, dass Betroffene nicht immer die gleiche Unterstützung suchen, und somit ist es ein wesentlicher Teil der Beratung zu klären, was genau in der Beratung passieren soll.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Selbstorganisationen zu stärken: In Hanau haben sich zum Beispiel die Initiative 19. Februar oder die Bildungsinitiative Ferhat Unvar gegründet, die erkämpft haben, dass heute die Betroffenen selbst auf der Bundespressekonferenz sprechen, dass Sichtbarkeit da ist und politische Forderungen verhandelt werden. Diese Betroffenen-Netzwerke und solidarische Beratungen existieren also und finden unmittelbar statt. Sie haben aber eine andere Funktion als die Opferberatungsstellen. Mittlerweile gibt es auch eine bundesweite Vernetzung von Betroffenen, die sich regelmäßig treffen und die Forderungen stellen. Hierfür braucht es Mittel, die diese Strukturen finanzieren, damit die aktiven Menschen nicht ehrenamtlich arbeiten müssen.

Abdulla Özkan: Komischerweise sind viele Beratungsstellen nicht in der Lage, sich zu vernetzen. Es gibt viele Betroffene rechter Gewalt wie İbrahim Arslan, Enver Şimşek's Kinder oder die Familie Kubaşık. In Köln meine Wenigkeit. Warum bezieht man diesen Personenkreis direkt Betroffener nicht ein, wenn es um Aufklärung oder Beratung geht? Ich habe solche Beratungen selbst erlebt. Händchen halten nützt nichts – das ist Zeitverschwendung. Aber Leute, die Erfahrung haben, können ihre Erfahrungen weitergeben. Warum bindet man uns nicht ein?

Sibel İ.: Anschläge dieser Art müssen sehr ernst genommen werden. Jedem Kind, das in solchen Zusammenhängen relativierende Zeitungsüberschriften wie »Jugendliche Dummheit« liest, wird doch vermittelt, dass es keine Konsequenzen für solche Taten gäbe. Ich habe leider insgesamt das Gefühl, dass wir nichts erreichen werden können.

Abdulla Özkan: Sibel, ich kann das nur bestätigen. Es geht nicht weiter. Deswegen gehe ich in die Öffentlichkeit.

Sibel İ.: Klar, an manchen Veranstaltungen werde ich teilnehmen und in der Öffentlichkeit erzählen, wie sich Betroffene fühlen und was für sie hilfreich an Unterstützung wäre. Zum Schutz meiner Kinder kann ich leider nicht überall auftreten, weil ich das Motiv und die Hintergründe der Tat noch nicht weiß. Ich als Betroffene werde nicht ernst genommen und das macht mich traurig. Ich hätte in der Türkei sein können, meine drei Kinder wären verbrannt. Was wäre dann gewesen? Ich habe immer diese Gedanken. Es geht um meine Kinder und ich rede als Mutter. Ich möchte Gerechtigkeit und Recht zugesprochen bekommen.

Abdulla Özkan: Du sprichst gerade über Gerechtigkeit, die ist aber leider sehr unwahrscheinlich zu finden. Beispielsweise versuche ich seit 17 Jahren, Einsicht in meine Akte zu erhalten, die immer noch verschlossen ist.

Kontinuitäten der Ohnmacht – »Als Betroffene fühlt man sich Willkür ausgesetzt«

Sibel İ.: Den Brandanschlag habe ich immer noch nicht verkräftet. Mir schwirren so viele offene Fragen durch den Kopf, auf die ich keine Antworten erhalte. Mein Anwalt und ich haben aktuell auch keine Akteneinsicht. Ich habe der Polizei gesagt: »Wenn das ein 14-Jähriger ist, sich alles erledigt hat und es ein einfacher Fall ist, warum liegt dann noch eine Aktensperre vor? Warum erhält mein Anwalt keine Akteneinsicht?«

Birgül Demirtaş: *Olivia, kannst du sagen, warum die Akten von Betroffenen unter Verschluss gehalten werden?*

Olivia Sarma: Ich glaube, ich würde mich zu weit aus dem Fenster lehnen, wenn ich das pauschal beantworten würde, denn es können unterschiedliche Kontexte und Gründe vorliegen. Aus meiner Beratungstätigkeit ist mir das Problem aber durchaus bekannt. Insbesondere beim Umgang mit Polizeibeamten und auch anderen Strafverfolgungsbehörden, Gerichten und Staatsanwaltschaften haben die Betroffenen das Gefühl, dass es keine Transparenz gäbe, dass es überhaupt keine Kommunika-

tion gäbe und man keine Informationen erhalte. Das ist ein riesengroßes Problem, weil es natürlich, und das haben hier beide Betroffene ja bereits deutlich gemacht, das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden oder in die Gerichte massiv erschüttert. Gerade die Sicherheitsbehörden und Gerichte müssten ja auch im Dienst der Betroffenen von Rassismus und rechtsextremer Gewalt agieren. Es sollte ihre Aufgabe sein, die Bürger zu informieren und ihnen das Gefühl zu geben, es kümmert sich jemand und ihr werdet von uns geschützt. Als Betroffene fühlt man sich Willkür ausgesetzt, man fühlt sich auch nicht ernst genommen. Gleichzeitig haben die Ermittlungsverfahren aber auch eine eigene Logik. In dem strafrechtlichen Sprechen wird von Opferzeugen gesprochen, die im Strafrecht eine spezifische Rolle spielen. Denn den Ermittlungsbehörden geht es darum, Beweise, Indizien zu sammeln, um einer Person eine Straftat nachzuweisen. Das Opfer dient nur als Zeuge, um diese Straftat zu beweisen. Das wirkt dann im Umgang mit den Betroffenen vor den Gerichten und bei der Polizei retraumatisierend und reviktimisierend. Aber auch die Art und Weise, wie ermittelt wird, und hier hat Abdulla natürlich vollkommen recht, ist relevant. Der Rassismus, der in der Gesellschaft verbreitet ist, der ist natürlich auch in der Polizei verbreitet und führt zu Verdächtigungen, rassistischen Zuschreibungen und Täter-Opfer-Umkehr. Ich glaube, in der strafrechtlichen Logik erhält das Opfer in der Straftat überhaupt nicht die Anerkennung, die notwendig wäre. Wenn man nur Opferzeuge ist, dann hat man eingeschränkte Möglichkeiten und ein Gefühl der Ohnmacht. All das sind Perspektiven und Mechanismen, die dieses Gefühl der Opferwerdung dann auch reproduzieren, mit dem Umstand, dass es kaum oder zu wenig Sensibilität gibt bei den einzelnen Akteuren, die in einem Strafprozess aktiv sind. In bestimmten Fällen können Opfer als Nebenkläger in den Prozess gehen. Das muss man aber wissen und die richtigen Anwälte finden. An dieser Stelle sind die Opferberatungsstellen dafür zuständig, die Betroffenen zu informieren und zu begleiten, damit die Betroffenen über ihre Handlungsmöglichkeiten Bescheid wissen und gute Entscheidungen treffen können.